

Parteitage entscheiden über rot-grünen Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen

Wer wird Minister?

Hannelore Kraft hat sich so manchen Korb geholt

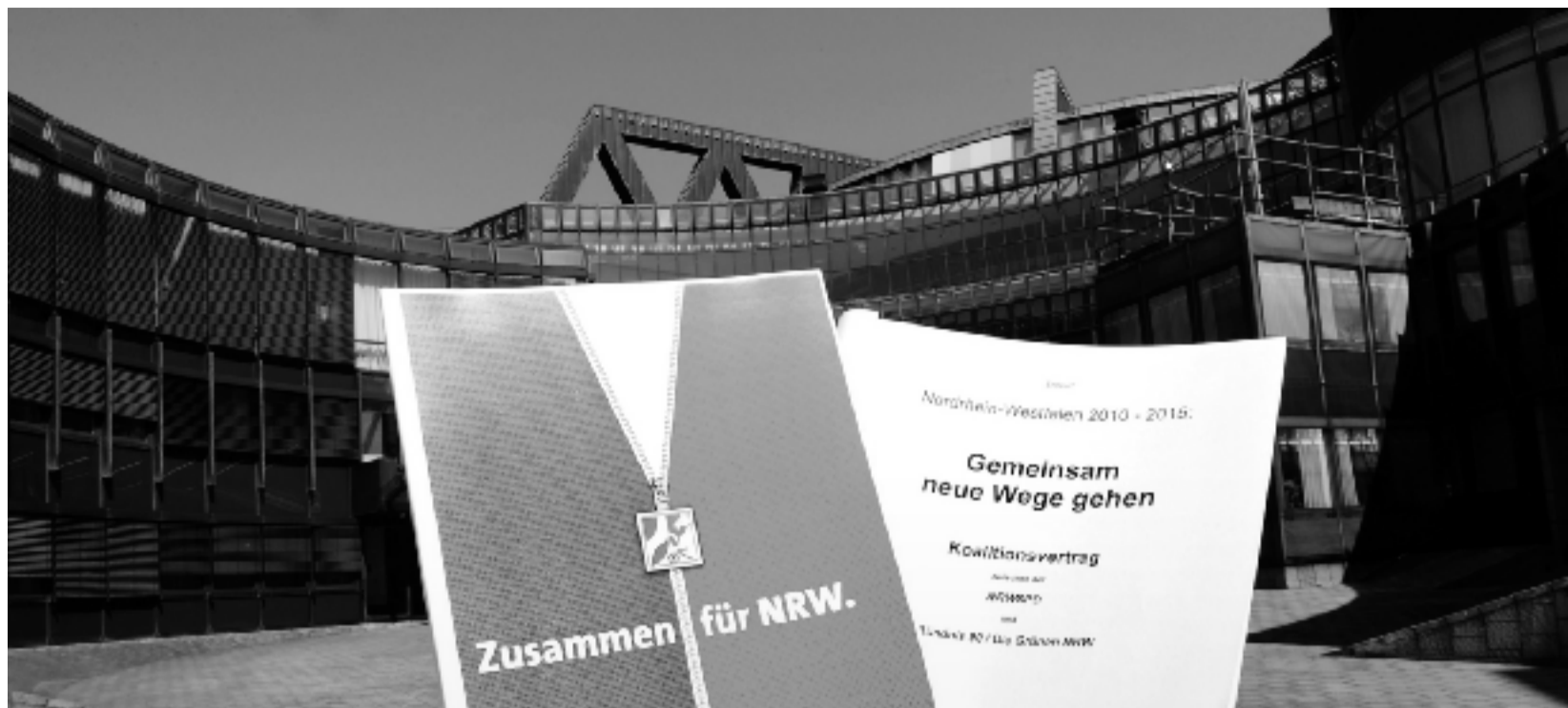
Erst soll Hannelore Kraft am kommenden Mittwoch zur Ministerpräsidentin gewählt werden; danach will die Sozialdemokratin bekannt geben, welche Genossen sie zu Ministern ernannt. Die Spekulationen sprühen.

Als gesetzt gilt der bisherige Kölner Wirtschaftsdezernent Norbert Walter-Borjans. Er soll Superminister für Wirtschaft, Bauen, Wohnen und Verkehr werden. Klar ist auch, dass Guntram Schneider, der bisherige Vorsitzende des DGB, die Ressorts Arbeit, Soziales und Integration übernehmen wird. Als Innenminister auch für Kommunales zuständig sein wird wohl Ralf Jäger, bisher als Fraktionsvize mit eben diesen Themen betraut. Genannt werden auch die Namen Martin Börschel (Justiz), Ute Schäfer (Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport) und Marc-Jan Eumann. Unklar ist, wer die Ministerien für Wissenschaft und Finanzen leiten wird. Gerade letzteres ist ein undankbarer Job: die Landeskassen sind leer, ein Rekordschuldenberg muss geplant werden.

Auf Ministersuche hat Hannelore Kraft sich offenbar manchen Korb eingefangen. So sollen aus NRW stammende Bundespolitiker und Ex-Landesminister abgewinkt haben. Als zu unsicher gilt die Zukunftsträchtigkeit der rot-grünen Minderheitsregierung.

Bei den Grünen hingegen ist die Ministerfrage seit Langem geklärt. Sylvia Löhrmann, grüne Spitze bei den Koalitionsverhandlungen und bisher Fraktionschefin, wird Ministerin für Schule und Weiterbildung und außerdem stellvertretende Ministerpräsidentin. Minister für die Ressorts Umwelt, Klima, Verbraucher und Landwirtschaft wird Johannes Remmel. Der Umwelt- und Verbraucherschutzexperte ist bisher Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion. Die frühere Landesvorsitzende Barbara Steffens wird das Patchwork-Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter leiten. Die Fraktionen der Regierungsparteien werden wohl von Norbert Römer (SPD) und Rainer Priggen (Grüne) geleitet.

Marcus Meier



Stilleben: Koalitionsvertrag vor Landtag

Foto: dpa/Scheidemann

Keine Langeweile in Leverkusen

SPD und Grüne stimmen über Koalitionsvertrag ab, LINKE sucht ihre Rolle in der Opposition

Von Marcus Meier

An diesem Wochenende erlebt Nordrhein-Westfalen gleich drei Landesparteitage. Während bei SPD und Grünen der Konsens beschworen werden dürfte, könnte es bei der LINKE spannend werden. Umstritten ist dort vor allem das Abstimmungsverhalten der LINKEN-Abgeordneten bei der Ministerpräsidentinnen-Wahl am kommenden Mittwoch.

Am Dienstag stellten sie den rot-grünen Koalitionsvertrag vor, am Samstag stellen sie sich ihrer Parteibasis: Hannelore Kraft, designierte Ministerpräsidentin und ihre grüne Stellvertreterin Sylvia Löhrmann. Auf ihren Parteitagen in Köln und Neuss entscheiden Sozialdemokraten und Grüne, ob sie die Verhandlungsergebnisse akzeptabel finden.

Der Vertrag ist mit heißer Nadel gestrickt, kam er doch in der »Rekordzeit« (Kraft) von 15 Tagen zu Stande. Er lässt viel Interpretationsspielraum offen. Studiengebühren sollen abgeschafft werden – unklar ist, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Gegenfinanzie-

rung. Was die Bereiche Klima- und Energiepolitik betrifft, so versuchen Vertreter von Umweltverbänden, zwischen den Zeilen zu lesen. Zudem ist offiziell nicht bekannt, welche Genossen Kraft in Ministerämter berufen wird (siehe linke Randspalte).

Aller Konsensmilch zum Trotz, die der Öffentlichkeit in den letzten Tagen eingeschenkt wurde, haben die Grünen durchaus Kröten schlucken müssen: So bleibt der Neubau von Kohlekraftwerken möglich. Auch die Klimaschutzziele dürften vielen Grünen als nicht hinreichend ambitioniert gelten. Nicht zuletzt aber besetzt die SPD alle Schlüsselressorts in der künftigen Regierung, was die realen Kräfteverhältnisse beider Parteien nicht widerspiegelt.

Dennoch werden beide Parteitage wohl tunlichst vermeiden, allzu viele Fragen aufzuwerfen oder gar den Kompromiss selbst in Frage zu stellen. SPD und Grüne – füreinander sind sie Wunschpartner. Gemeinsam beenden sie das nur fünf Jahre währende Intermezzo von Schwarz-Gelb. Und kehren zurück an die Fleischtöpfe der Macht, wo

sie bereits in den Jahren 1995 bis 2005 gemeinsam schmausten.

Spannender zugehen dürfte es auf dem Parteitag der NRW-LINKEN in Leverkusen, wo die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden auf der Tagesordnung steht. Amtsinhaber Wolfgang Zimmermann will sich auf seine Arbeit als Vorsitzender der Landtagsfraktion konzentrieren. Ihm nachfolgen wollen – gegeneinander kandidierend – Paul Schäfer und Hubertus Zebel. Schäfer war lange Chef der NRW-PDS und plädiert, der Mehrheitsmeinung im Landesverband zuwider, für ein stärkeres, gleichwohl forderndes Zugehen auf Rot-Grün. Der verteidigungspolitische Sprecher der LINKEN-Bundestagsfraktion enthielt sich, wie 24 weitere LINKE-Abgeordnete, unlängst bei einer Bundestagsabstimmung über die Verlängerung des Sudan-Bundeswehreinsetzes der Stimme. Der Landesvorstand missbilligte das »aufs Schärfste«.

Hubertus Zebels Kandidatur gilt als die aussichtsreichere. »Hubi« ist einer der beiden Koordinatoren des Landtagswahlkampfes. Er kommt von den Grünen und

wird keiner parteiinternen Strömung zugerechnet. Zebel warnt davor, »Inhalte durch angebliche Sachzwänge weich zu spülen und schließlich aufzugeben«. SPD und Grüne pflegt er zu kritisieren, denn sie seien »dominiert von neoliberalen Dogmen«. Damit liegt Zebel stärker als Schäfer auf der Linie des Landesverbandes.

Hefigster Konfliktpunkt wird das Abstimmungsverhalten bei der Ministerpräsidenten-Wahl am kommenden Mittwoch sein: Soll die LINKE-Fraktion für Hannelore Kraft stimmen – oder sich enthalten? In beiden Fällen würde Kraft zur Ministerpräsidentin gewählt. Doch eine Zustimmung wird von deren Befürwortern als Machtdemonstration bewertet, als klares Signal an SPD und Grüne: Seht her, wir stehen bereit, aber nur dann, wenn ihr tatsächlich einen Politikwechsel anstrebt. Diejenigen, die für eine Stimmenthaltung plädieren, führen ins Feld, dass die Inhalte des rot-grünen Koalitionsvertrages für die LINKE nicht akzeptabel seien. Die Fronten, so ist zu hören, verlaufen quer zu den Strömungen.

Regierungen minderer Haltbarkeit

Etliche Bundesländer haben bereits Erfahrungen gemacht mit einer Minderheitsregierung.

BERLIN: Richard von Weizsäcker (CDU) führte als Regierender Bürgermeister nach der Abgeordnetenhauswahl von 1981 einen zunächst von FDP-Abgeordneten tolerierten Minderheitsssenat, später kam es zur Koalition. 1989 wurde Walter Momper (SPD) an die Spitze eines rot-grünen Senats zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Nachdem die Koalition im November 1990 zerbrach, führte Momper einen SPD-Minderheitsssenat, der Anfang 1991 von einer Großen Koalition abgelöst wurde. 2001 führte Klaus Wowereit vier Monate lang einen rot-grünen Minderheitsssenat mit Tolerierung der PDS, bevor es im Oktober des Jahres zu vorgezogenen Neuwahlen kam.

HESSEN: Von 1982 an stand Holger Börner (SPD) gut drei Jahre an der Spitze einer SPD-Alleinregierung, ab 1984 mit Tolerierung der Grünen. 1985 gingen beide Parteien die erste rot-grüne Regierung in einem Bundesland ein.

BRANDENBURG: Nachdem die Ampelkoalition unter SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe im März 1994 an der Debatte um dessen MfS-Kontakte zerbrach und die Grünen ausstiegen, hielten sich die Sozialdemokraten bis zur Landtagswahl im September durch eine Minderheitsregierung mit den Liberalen über Wasser. Die SPD holte dann die absolute Mehrheit.

SACHSEN-ANHALT: Ab 1994 regierte Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) acht Jahre lang toleriert von der PDS – die ersten vier Jahre davon mit einem rot-grünen Kabinett, ab 1998 mit einer SPD-Alleinregierung.

BUNDESEBENE: Im Bund gab es nur zweimal für kurze Zeit Minderheitsregierungen, jeweils als Konsequenz eines Koalitionsbruchs. Ludwig Erhard (CDU) regierte 1966 mit einer CDU/CSU-Regierung weiter, nachdem die FDP die Koalition aufgekündigt hatte. 1982 stand Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) kurzzeitig einer SPD-Minderheitsregierung vor, nachdem die FDP die sozial-liberale Koalition aufgekündigt hatte. (AFP/ND)

Mediziner-Ausbildung in Lübeck bleibt erhalten

Mit einer Finanzierungszusage rettet der Bund seine schwarz-gelbe Landesregierung aus der Klemme

Von Dieter Hanisch, Kiel

Die Universität in Lübeck wird ihre medizinische Fakultät behalten. Diese Zusage gab es am Donnerstagabend aus dem Bildungsministerium in Berlin. Mit einem Umbuchungstrick entlastet der Bund das eigentlich verantwortliche Land bei den Hochschulkosten.

Das Wasser stand der nur über eine Stimme Mehrheit verfügenden schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein bis zum Hals, nur ein Rettungsring von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) konnte noch helfen – so lässt sich das Szenario beschreiben, dank dem die Regierung von Peter Harry Carstensen (CDU) nun doch eine eigene Mehrheit für ihr Millionen-Sparprogramm zu bekommen scheint. Sieben Wochen lang sahen sich Carstensen und Co. einem massiven Druck ausgesetzt, weil sie die medizinische Fakultät der Universität

Lübeck einsparen wollten. Dem Widerstand schlossen sich selbst einzelne Fraktionsmitglieder aus Union und FDP an, die erklärten, sie würden sich bei einem Festhalten an den Lübeck-Plänen gegen ihre Regierung stellen.

Nun sagte Berlin zu, sich künftig mit zusätzlichen 25 Millionen an der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein zu beteiligen. Der Medizinstudiengang in Lübeck ist damit gerettet, auch die Zahl der Medizin-Studienplätze soll nicht sinken, wie Carstensen erklärte. Sein Kabinett geht am nächsten Dienstag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause wohl entspannter daran, das Sparpaket abzusegnen.

Der Bund entlastet das Land unter anderem durch eine neue Trägerschaft für das Kieler Institut für Meereskunde, das von einer Leibniz-Einrichtung in eine Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft umgewandelt wird. Für die Leibniz-Forschung teilen

sich Bund und Länder die Kosten hälftig, dagegen werden Helmholtz-Einrichtungen mit 90 Prozent aus Bundesmitteln gefördert.

Im Kieler Landtag ließen sich Carstensen, Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki gestern für ihr angebliches Verhandlungsgeschick feiern. Bei der Landtagsdebatte verwies die Opposition jedoch darauf, dass diejenigen, die das Feuer gelegt hätten, sich nun als erfolgreiche Brandbekämpfer darstellten. Antje Jansen (LINKE) betonte, dass es die Proteste aus der Bevölkerung gewesen seien, die zum Einlenken geführt haben. Im Hinblick auf weitere kritisierte Sparvorschläge der Landesregierung sagte sie: »Widerstand lohnt sich!«

In der Leibniz-Gemeinschaft ist man über die Entscheidung nicht erfreut. Dort befürchtet man einen Profilverlust. Der Lübecker Universitätspräsident Peter Dominiak zeigte sich dagegen erleichtert:

»Der Druck der Studenten hat dazu geführt, dass verhandelt wurde.«

An der Universität Flensburg gibt man sich unterdessen keinen Illusionen hin, dass die dort geplante Streichung der wirtschaftswissenschaftlichen Studienplätze noch abgewendet werden kann. Völlig offen ist zudem die Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein mit seinen Standorten in Kiel und Lübeck. Union und Liberale möchten es schnellstens privatisieren.

Trotz der Erleichterung über den Erhalt der Medizinsparte in Lübeck gibt es auf Bundesebene auch Kritik an der Schavan-Intervention. Krista Sager von den Grünen wies darauf hin, dass Länder nun eine Möglichkeit wittern könnten, ihre Kosten mit der Drohung von Fakultäts- oder Uni-Schließungen abzuwälzen. Für die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Petra Sitte, ist Lübeck ein Beispiel für die falsche Grund-

struktur der Bildungsfinanzierung, die die Kosten allein den Ländern aufbürdet. »Wir bekommen eine gewaltige Schieflage in der Hochschulfinanzierung«, prophezeite Sitte. Das mit der Föderalismusreform eingeführte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern müsse schnellstmöglich wieder fallen.

Möglicherweise müssen die Studierenden in Lübeck schon bald wieder Druck machen, diesmal gegen Entdemokratisierung: Denn nun will sich ihre Uni zu einer Stiftungsuniversität wandeln, um mehr Mittel von Dritten einzuwerben, wie Präsident Dominiak nach der Rettung der Medizin ankündigte. »Wir wollen nicht alle drei bis vier Jahre totgesagt werden.« Er rechnet damit, ab 2020 jährlich drei Millionen Euro pro Jahr hinzu zu bekommen. Dem Stiftungsmodell muss der schleswig-holsteinische Landtag zustimmen.

Foto: dpa/Gambarini



Neues Deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Geschäftsführer und Verlagsleiter: Olaf Koppe -1611, Fax: -1610;
Telefon-Einwahl: (030) 2978-..., Auskunfts: -1111, Fax: -1600
Internet: www.neues-deutschland.de E-Mail: redaktion@nd-online.de
Vertrieb/Aboservice: -1800, Fax: -1630, aboservice@nd-online.de
Verkauf/Geschäftskunden: -1841, Fax: -1840, anfragen@nd-online.de
Private Kleinanzeigen: -1844, Fax: -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Chefredakteur: Jürgen Reents (V.i.S.d.P.) -1711, Fax: -1710;
Stellvert. Chefredakteure: Wolfgang Hübner (verantwortl. für Tagesthema u. Seite 3) -1713; Gabriele Oertel -1716;
Chef v. Dienst: Reinhard Götzte -1712; Redaktionssekr.: Peter Kollwe -1714;
Resortleiter: Ausland: Olaf Standke -1731; Inland: Uwe Kalbe -1759;
Feuilleton: Hans-Dieter Schütt -1769; Berlin/Brandenburg: Klaus Joachim Herrmann -1745; Sport/Service: Jirka Grahl -1727 (Leserbriefe: -1724);
Gestaltung/Herstellung: Wolfgang Wegener -1821;
Anzeigen Geschäftskunden: Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842;

Marketing: Dirk Külöw (Leitung) -1612, Fax: -1610;
Leserreisen: Dr. Irene Kohlmetz -1621, Frank Diekert -1620, Fax: -1650;
ND-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service: Manfred Ibold -1777,
Monika Gadegast -1654, Fax: -1650; shop@nd-online.de
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. Januar 2010.
Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, Tel.: (030) 28 49 30 oder www.presse-monitor.de

Bankkonto: Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48.
Monatl. Abonnementspreis (inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 26,20 €, alte Bundesländer zzgl. 0,10 € Versandkosten pro Tag, Ermäßigtes Abo 17,00 €, Soli-Abo 30,00 €, Teilabos auf Anfrage. Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums schriftlich gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Benutzte Agenturen: dpa, AFP, SID, epd, Prensa Latina (PL), IPS
Druck: Druckhaus Schönevide GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin
Verkaufte Auflage: 39.468 (lt. IWBV 1/2010)